

Prozessinnovationen im regionalen Flächenmanagement durch Modellvorhaben der Raumordnung

Klaus EINIG

Klaus Einig, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Deichmanns Aue 31-37, D-53179 Bonn, klaus.einig@bbr.bund.de

1 EINFÜHRUNG

Mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, das Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstum in Deutschland von 129 ha im Jahr 2000 auf eine tägliche Zunahme von 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 abzusenken (Deutscher Bundestag 2002). Langfristig wird damit eine Flächenkreislaufwirtschaft angestrebt (BBR/ BMVBS 2006). Sollte ein Einsatz neuer Instrumente oder die Verbesserung der Steuerungsleistung bereits bestehender Instrumente nicht erfolgen, gilt die Dämpfung des Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums im erforderlichen Umfang als unwahrscheinlich (Heiland et al. 2004; Einig/ Siedentop 2005). Geteilt wird diese Einschätzung auch von der Bundesregierung (Deutscher Bundestag 2004, S. 123). Diesen Bedarf an innovativen neuen instrumentellen Lösungen hat das Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“ mit dem Förderschwerpunkt „nachhaltige Siedlungsentwicklung“ aufgegriffen. Von 2003 bis 2006 wurden sieben MORO und zwei assoziierte Vorhaben durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und eine Forschungsassistenz (Convent Planung und Beratung GmbH) betreut (Gatzweiler/ Mensing 2006). Mit dem Aktionsprogramm fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das BBR innovative Ansätze zu wichtigen Themen der Raumordnungspolitik (Gatzweiler 2006). Die mit etwa 60.000 € über zwei Jahre geförderten Regionen entwickelten in Kooperation mit regionalen Akteuren vor Ort neue Ansätze im regionalen Flächenmanagement und unterzogen ihre institutionellen Lösungen einem Praxistest. Perspektivisch sollte jedes MORO demonstrieren, wie integrierte Ansätze regionalen Flächenmanagements die Flächeninanspruchnahme in Richtung „Kreislaufwirtschaft“ lenken können. Durch Adaption dieser „guten Beispiele“ wird eine Diffusion der institutionellen Lösungsansätze im Bundesgebiet angestrebt (Fuhrich 2005). Der Abschluss aller Modellvorhaben zum Ende 2006 ermöglicht ein erstes Fazit. Zwar konnten die bundespolitischen Zielvorstellungen nicht in allen MOROs im vollen Umfang realisiert werden, dennoch ermöglichte die finanzielle und organisatorische Förderung interessante institutionelle Lösungen (BBR 2006):

- unverbundene Ansätze wurden zu einem integrierten regionalen Flächenmanagement weiterentwickelt (Modellvorhaben in der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau),
- Konzepte für regionale Gewerbeflächenpools wurden entwickelt und in einem Fall bereits umgesetzt (Modellvorhaben im Landkreis Friesland und im Regionalverband Neckar Alb),
- ein Finanzierungsfonds als Interessensausgleichsmechanismus wurde erarbeitet und umgesetzt (Modellvorhaben im Lebens und Wirtschaftsraum Rendsburg),
- ein internetbasiertes Verfahren zur Erfassung von Innenentwicklungspotenzialen wurden entwickelt und in Zusammenarbeit von Region und Gemeinden angewendet (Modellvorhaben im Verband Region Stuttgart),
- eine Flankierung des Planungsinstrumentariums durch marktanalogue Instrumente wurde in der Region diskutiert, dann aber verworfen (Modellvorhaben im Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald),
- Verfahren zur kooperativen Festlegung von Kontingenten der Baulandentwicklung wurden entwickelt und als Ziel- und Grundsatzkonzepte in Regionalpläne integriert (Modellvorhaben in der Regionalen Planungsgemeinschaft Thüringen und im Regionalen Planungsverband Vorpommern),
- ein Monitoring für die Siedlungsentwicklung wurde erarbeitet und exemplarisch umgesetzt (AG Siedlungsentwicklung des Großraumes München)

Aus einer neo-institutionalistischen Sicht werden in diesem Beitrag die Erarbeitung und Implementierung institutioneller Innovationen in Modellvorhaben analysiert. Im 2. Kapitel wird die Erzeugung von Innovationen in Netzwerkstrukturen aus einer institutionenanalytischen Perspektive beleuchtet, dann ein Prozessphasenmodell regionalen Flächenmanagements diskutiert (3. Kap.) und anschließend innovative institutionelle Lösungen einzelner Modellvorhaben vorgestellt (4. Kap.).

2 INNOVATIONEN IM FLÄCHENMANAGEMENT AUS INSTITUTIONELLER SICHT

Institutionen sind Regeln (Crawford/ Ostrom 1995; North 1992). Sowohl formgebundene (formale) wie informelle Regeln, einschließlich der Vorkehrungen zu ihrer Durchsetzung, gelten entsprechend als Institutionen (Richter/Furubotn 1996, 7). Institutionen können einen Beschränkungscharakter aufweisen oder als Anreize wirken (Hodgson 2006, 2). Trotz ihres strukturierenden Einflusses determinieren sie das Verhalten von individuellen und korporativen Akteuren aber nicht vollständig (Mayntz/Scharpf 1995, 49).

Im Rahmen dieses Beitrages werden Regeln immer dann als innovativ betrachtet, wenn sie vor der Durchführung eines Modellvorhabens in einer Region noch nicht existierten, sondern erst eingeführt oder modifiziert werden mussten. In den meisten Fällen handelt es sich aber nicht um völlige Neuschöpfungen. In einigen Fällen wurden bereits in der Pra-xis bekannte Lösungsansätze aus anderen Regionen adaptiert. Innovation setzt somit nicht die Erfindung von etwas grundsätzlich neuem voraus. Innovation ist im Gegensatz zur Erfindung kein rein technischer Akt, sondern in soziale Prozesse eingebettet (Cavalli 2007; Ibert 2005). Der Prozess der Übertragung eines Vorbildes auf einen anderen Kon-text wird als Transposition bezeichnet (Sewell 1992). Durch imitierende Modifikation bekannter Lösungen entstehen neue institutionelle Praktiken. Transpositionsprozesse gelten somit als zentraler Mechanismus der Ausbreitung instituti-oneller Innovationen (Boxenbaum/ Battilana 2005). Neben der Adaption von Vorbildern und ihrer Anpassung an die örtlichen institutionellen Verhältnisse sind in Modellvorhaben aber auch bisher unbekannte institutionelle Regelungen, so genannte Proto-Institution (Lawrence et al. 2002), entwickelt worden.

Den Wandel von Institutionen erklären viele Theorien (Van de Ven/ Hargrave 2004) in erster Linie durch exogene Einflüsse. In diesem Beitrag wird eine andere Perspektive gewählt, die es gestattet Änderung, Kreation und Implemen-tation von Institutionen als Ausdruck endogener Kräfte zu modellieren (Hargrave/ Van de Ven 2006).

Insbesondere institutionelle Unternehmer spielen in endogenen Prozessen institutionellen Wandels eine zentrale Rolle. Ein institutioneller Unternehmer kann ein individueller oder korporativer Akteur sein. Wesentlich ist nur, dass ein Inte-resse an der Veränderung einer bestehenden oder die Schaffung einer neuen Institution besteht und der Akteur auch über ausreichende Ressourcen verfügt, um diesen Plan zu verfolgen (DiMaggio 1988; Hwang/ Powell 2005). Für den innovativen Charakter institutioneller Neuerungen ist die „innovative Kapazität“ eines institutionellen Unternehmers entscheidend (Boxenbaum/ Battilana 2004). Damit ist nicht nur die thematische Handlungskompetenz des Unterneh-mers, im Sinne eines „skillful actors“ (Fligstein 1997), sondern sein visionäres Vermögen angesprochen. Welche Rolle institutioneller Unternehmer im Rahmen von institutionellen Veränderungen lokaler oder regionaler Governancestruk-turen spielen können, ist allerdings weitgehend von den politischen Machtverhältnissen abhängig (Lowndes 2005). Da die Erzeugung und Durchsetzung institutioneller Innovationen Verhaltensänderungen voraussetzt, gilt die Modifikation tradierter Praxismuster als vorrangiges Ziel aber auch größte Herausforderung institutioneller Unternehmer (Lounsbury 2005), insbesondere dann, wenn Netzwerke involviert sind, in denen sich gleichberechtigte Akteure begegnen.

Sobald die Modifikationen institutioneller Arrangements aus Interaktionen vieler Akteure hervorgeht, stellt sich auto-matisch das Problem kollektiven Handelns. Gemeint sind Situationen, in denen erst durch Kooperation bzw. Koordina-tion der Handlungen mehrerer Akteure ein vorgegebenes Ziel oder ein höheren Netto-Nutzen erreicht werden kann (Hol-zinger 2002, 55). In Kontexten regionalen Flächenmanagements stellen sich kollektive Handlungsprobleme beispiels-weise bei der Setzung verbindlicher Ziele oder wenn eine Zustimmung zu einer Regeländerung auf der politischen A-genda steht. In Netzwerkstrukturen verfügen institutionelle Unternehmer nicht über ausreichende Machtressourcen, um institutionelle Änderungen gegen den Willen anderer durchzusetzen. Eine Modifikation bestehender institutioneller Arrangements ist in Netzwerken nur dann erfolgreich, wenn sie im Konsens erfolgt. Da dieser aber kooperatives Han-deln der Beteiligten voraussetzt, in vielen Handlungssituationen aber eher Interessengegensätze dominieren, ist institu-tioneller Wandel in Netzwerken oft mit Konflikten verbunden (O'Toole 1997, Hargrave/ Van de Ven 2006). Dies bestä-tigte sich auch in den Modellvorhaben. Nur in wenigen Fällen erhielten die neuen institutionellen Ansätze direkt die nötige Folgebereitschaft bzw. fanden im Rahmen der Beurteilung durch die regionalen Planungsversammlung oder die Landesplanung sofort die erforderliche Akzeptanz.

3 PROZESSMODELL REGIONALEN FLÄCHENMANAGEMENTS

Regionales Flächenmanagement besteht in der möglichst kooperativen Gestaltung der Interaktionsbeziehungen all jener Organisationen, die mit der planerischen Vorbereitung und der praktischen Umsetzung von Bauvorhaben in einer Region beschäftigt sind (Einig 2003a). Im Gegensatz zum kommunalen Flächenmanagement, bei dem die einzelne Gemeinde der Dreh- und Angelpunkt des Instrumentenverbundes ist, gibt es beim regionalen Flächenmanagement keinen Zentralakteur, es findet vielmehr in Netzwerken statt. Seine Steuerungsleistung geht aus der arbeitsteiligen Zusammenarbeit autonomer und gleichberechtigter korporativer Akteure hervor, die vorrangig dem öffentlichen Sektor angehören, mehr und mehr aber auch Organisationen des Privatrechts integrieren. Die zahlreichen, bereits heute schon verfügbaren rechtsverbindlichen wie informellen Instrumente gilt es in einem regionalen Verbund abgestimmt einzusetzen. Dies erfordert ein Höchstmaß an Koordination. Nur so kann interorganisatorisches Handeln zu effizienten Resultaten führen. Je mehr Instrumente allerdings in einem integrierten Ansatz regionalen Flächenmanagement kombiniert werden, desto komplexer gestaltet sich das resultierende Netzwerk interorganisatorischer Prozesse. Mit einem Prozessphasenmodell, das aus der Analyse unterschiedlicher Fallbeispiele regionalen Flächenmanagements abgeleitet wurde, lässt sich diese Komplexität übersichtlich in sechs aufeinander folgenden Schritten gliedern (BBR 2006, S. 22; Einig 2003a) (siehe Abb. 1). Diesem Prozessphasenmodell liegt die Beobachtung zugrunde, dass sich integrierte Ansätze regionalen Flächenmanagements durch vergleichbare Instrumentenkombinationen und eine ähnliche Abfolge von Prozessphasen auszeichnen. Die Empirie zeigt allerdings, und die durchgeführten Modellvorhaben bilden da keine Ausnahme, dass nur sehr selten alle Prozessphasen in einer Region im vollen Umfang zu beobachten sind. In der Regel wird das Potenzial miteinander zu kombinierender Instrumente nur selten ausgeschöpft. Meistens werden Schwerpunktsetzungen getroffen. In den Modellvorhaben konzentrierten sich die Akteure deshalb auf einzelne Prozessphasen. Dies spricht nicht gegen das Modell, umfasst doch der gesamte Zyklus so lange Zeitspannen, dass im Rahmen einer Laufzeit von zwei Jahren auch nur einzelne Prozesse praktisch durchlaufen werden können.

Die Phasen des Modells bilden die einzelnen Stufen des Gesamtprozesses regionalen Flächenmanagements als zeitlich geordnete Abfolge von Ereignisketten (Einzelprozessen) ab (Langley 1999). Dies entspricht nur begrenzt der Wirklichkeit und repräsentiert eher einen idealtypischen Zyklus. Die angenommene Phasenabfolge ermöglicht eine einfache Orientierung. Neuere Arbeiten zur Repräsentation von Prozessen lehnen lineare Abbildungen allerdings ab und betonen eher Verschränkungen, Rückkoppelungen, Divergenzen, parallele Tracks und Brüche im Prozessablauf (Mintzberg et al. 1976; Lindblom 1980, S. 5 ff.). Auch beim regionalen Flächenmanagement treten in der Praxis mehrfach zirkuläre Prozesse auf. Diese abweichenden Fälle konnten bisher aber noch nicht in ein einheitliches und dabei noch übersichtliches Schaubild integriert werden.



Abb. 1: Gesamtzyklus regionalen Flächenmanagements als zeitlich geordnete Abfolge von Prozessphasen

4 INNOVATIVE INSTITUTIONEN IN DEN MODELLVORHABEN

Da hier nicht alle durchgeführten Modellvorhaben ausführlich thematisiert werden können (siehe hierzu BBR 2006), werden im Folgenden exemplarische innovative Lösungsansätze vorgestellt.

Kooperatives Verfahren zur Erhebung von Innentwicklungspotenzialen im Verband Region Stuttgart

Ausgangsproblem: In allen Modellregionen wurde die schlechte regionale Informationslage über kommunale Innentwicklungs- und Wiedernutzungspotenziale bemängelt.

Lösungsansatz: Es wurde ein internetgestütztes Verfahren entwickelt, welches vor Ort in Zusammenarbeit von Regionalplanung und einzelnen Gemeinden zur Erfassung und Diskussion der kommunalen Innentwicklungspotenziale eingesetzt werden kann. Die erarbeitete „regionale Übersicht“ steht via Internetplattform allen mitwirkenden Kommunen zur Verfügung (Region Verband Stuttgart 2006).

Innovative Charakter: Für die Regionalplanung hat das neu entwickelte Verfahren den Vorteil, dass neue Bauleitpläne direkt mit den örtlichen Innentwicklungspotenzialen abgeglichen werden können. Auch bieten die zugrunde gelegten Innentwicklungspotenziale keinen Anlass mehr zu abweichenden Meinungen, da sie ja gemeinsam mit der Gemeinde vor Ort abgestimmt worden sind. Für die Kommunen ist der Ansatz interessant, da sie in die Erfassung der Innentwicklungspotenziale direkt eingebunden sind und die regionale Potenzialübersicht den Vergleich mit anderen Kommunen und ihre Behandlung durch die Regionalplanung gewährleistet. Der kooperative Erfassungsansatz fördert somit eine gemeinsame Vertrauensbasis. Die eigens entwickelte Internetplattform ermöglicht eine dezentrale und fortschreibungsfähige Pflege.

Transpositionserfolg: Das Verfahren wird nun auch in anderen Regionen Baden-Württembergs zur kooperativen Erfassung von Innentwicklungspotenzialen eingesetzt.

Institutioneller Unternehmer: Die technische Seite des Modellvorhabens und die Anwendung des Ansatzes in Kooperation mit den Gemeinden wurde durch die Begleitforschung (Institut für Städtebau und Landesplanung, TH Karlsruhe) bewältigt, während die verfahrenspraktische Seite und die Beschaffung des regionalen Konsens durch Mitarbeiter des Verbandes Region Stuttgart erfolgten.

Mengensteuerung kommunaler Baulandausweisung in der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen

Ausgangsproblem: Bisher war die Regionalplanung in Thüringen zu keiner Mengensteuerung kommunaler Baulandausweisungen legitimiert. Eine Regionalisierung des 30-ha-Ziels der Bundesregierung konnte in der Vergangenheit daher auch nicht erfolgen.

Lösungsansatz: Es wurde ein Regionalisierungsverfahren für das 30-ha-Ziel vorgeschlagen und die regionale Obergrenze des bis 2020 für Mittelthüringen tolerierbaren Siedlungs- und Verkehrsflächenzuwachs festgelegt. Anschließend wurde ein Diskurs begonnen, wie dieser regionale Flächenzuwachs auf die einzelnen Gemeinden heruntergebrochen werden kann. In moderierten Workshops und Fachdialogen wurden drei Allokationsmodelle diskutiert, in der Regionalen Planungsversammlung eine Auswahlentscheidung getroffen und anschließend ein Ziel- und Grundsatzkonzept für den Regionalplanentwurf erarbeitet. Das favorisierte „Sparmodell“ sollte in seinen Kernaussagen als Ziel der Raumordnung im Entwurf implementiert werden (Der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Mittelthüringen bis zum Jahr 2020 darf 925 ha nicht übersteigen. Zur Ermittlung der Obergrenze für Flächenneuausweisungen des örtlichen Bedarfs ist für jede Gemeinde der Richtwert von 0,09 ha pro 1000 Einwohner und Jahr zu verwenden. Flächenneuausweisungen im Außenbereich sind nur zulässig, wenn ein Bedarf nachgewiesen wird, der im Innenbereich nicht realisiert werden kann). Da der Entwurf des Regionalplan durch das Land genehmigt werden muss, erfolgte auch eine Diskussion der neuen Regelungsstruktur mit der Landesplanung. Diese lehnt allerdings den Zielcharakter ab, so dass als Kompromiss eine Formulierung als Grundsatz erfolgte, der allerdings Abweichungen der Gemeinden gestattet.

Innovativer Charakter: Das neue institutionelle Arrangement ermöglicht eine Mengensteuerung der kommunalen Baulandentwicklung im Außenbereich durch positivplanerische Festlegung im Regionalplan. Da die Festlegung als Grundsatz der Raumordnung erfolgen wird, ist eine präzise Einhaltung der regionalen Obergrenze im Vollzug nicht mehr zu sichern, da Gemeinden von den Kontingenten abweichen können.

Transpositionserfolg: Das entwickelte Verfahren und der Ansatz zur Normierung im Regionalplan werden von den restlichen drei Regionalen Planungsgemeinschaften in Thüringen übernommen.

Institutioneller Unternehmer: Mitarbeiter der regionalen Planungsstelle und des Landesverwaltungsamtes von Thüringen haben den Ansatz entwickelt und in die nötige Überzeugungsarbeit in zahlreichen Foren und Workshops geleistet. Für die Implementation entscheidend war die Zustimmung der regionalen Planungsversammlung.

Regionaler Interessenausgleich durch Finanzfonds im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg

Ausgangsproblem: Eine Strategie zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme berührt bei den beteiligten Akteuren unterschiedliche Interessen. Sie ist mit Vorteilen verbunden, kann für einzelne Gemeinden aber auch Nachteile mit sich bringen, etwa den Verzicht auf eine eigene Entwicklung. Da meistens kein Mechanismus für Interessenausgleiche existiert, gelingen kooperative Lösungen regionaler Verteilungsproblemen häufig nicht.

Lösungsansatz: Mit 13 Kommunen wurde ein Finanzfond zum Vorteils-Lasten-Ausgleich für die Region entwickelt. Dieser Fonds sieht die Erhebung von zwei Beiträge durch beteiligte Kommunen vor: Beitrag 1 muss – als allgemeine Umlage – von allen Kommunen gezahlt werden. Beitrag 2 ist eine selektive Abgabe, die an der Wohnbaulandentwicklung im Außenbereich anknüpft. Jede Kommune zahlt einmalig je neu geschaffener Wohneinheit auf einer der kontingierten Entwicklungsflächen außerhalb des Innenbereichs 2.500,- Euro in den Fonds ein. Die Flächenkontingente wurden auf interkommunalem Wege in einem Gebietsentwicklungsplan festgelegt. Eine Berechnungsformel sichert, dass im Falle einer Bebauung mit geringer verdichteter Bauweise und größeren Grundstücksgrößen der Beitrag je Wohneinheit sich verteuert. Umgekehrt wird die Entscheidung zugunsten kleinerer Grundstücksgrößen und einer verdichten Bauweise belohnt. Die beiden Städte Rendsburg und Büdelsdorf sind von der Zahlung des Beitrags 2 befreit. Diese Regelung soll sowohl dazu beitragen, die wohnbauliche Entwicklung auf die Zentren zu lenken und generell die Innenentwicklung zu fördern als auch die Ausweisung neuer Wohngebiete in den Außenbereichen der Umlandkommunen zu verteuern.

Innovativer Charakter: Durch die Abgabenlösung wird ein Anreiz zur Innenentwicklung und höheren Verdichtung im Außenbereich gesetzt. Die Kommunen haben der Regelung freiwillig zugestimmt. Aus dem Fonds werden regionale Leitprojekte finanziert, aus denen alle Kommunen einen Vorteil ziehen (z. B. die Renovierung des einzigen Gymnasiums).

Transpositionserfolg: Obwohl der Lösungsansatz bundesweit auf großes Interesse stößt, ist eine konkrete Adaption noch nicht in Sicht.

Institutioneller Unternehmer: Eine zentrale Rolle hat die Begleitforschung gespielt (Raum & Energie, Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH), die den Lösungsansatz in Zusammenarbeit mit den kommunalen Partnern entwickelte. Ohne die Adaptionsbereitschaft der Gemeinden wäre der Ansatz allerdings nicht umgesetzt worden. Die Landesplanung, als eigentlicher Träger der Regionalplanung und Initiator der Stadt-Umland-Gebietsentwicklungsplanung, hat diesen Ansatz ebenfalls unterstützt.

5 FAZIT

Im Rahmen der geförderten Modellvorhaben zeigte sich recht schnell, dass das Arsenal der bereits existierenden Instrumente für die Bewältigung der flächenpolitischen Herausforderung nicht ausreicht. Es mussten deshalb angepasste institutionelle Problemlösungen entwickelt werden. Da die Regionalplanung in vielen Ländern nicht über ausreichende eigene Steuerungsressourcen verfügt (Einig/ Spiecker 2002; Einig 2005), die beispielsweise zur Setzung und Kontrolle des Vollzuges von restriktiven Flächensparzielen oder die Einführung neuer Instrumente und Verfahren notwendig sind, waren die Modellvorhaben weitgehend auf kooperative Strategien zur Gestaltung des institutionellen Wandels festgelegt. In den meisten Modellvorhaben nahmen die Träger der Regionalplanung dabei die Rolle eines institutionellen Unternehmers wahr. Institutioneller Wandel konnte in den meisten Modellvorhaben durch regionale Politikverflechtung gestaltet werden, bei der Gemeinden, Landkreise und Regionalplanung, als Verbundsystem organisiert, gemeinsam an der Bewältigung der anstehenden Aufgaben arbeiten (Einig 2003b).

6 LITERATUR

- BBR (2006) = Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Umbau statt Zuwachs. Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Bonn
- BBR/BMVBS (2006) (Hrsg.): Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Ein ExWoSt-Forschungsfeld, Band 1 Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption. Bonn
- Boxenbaum, E.; Battilana, J. (2004): The innovative capacity of institutional entrepreneurs: a reconstruction of corporate social responsibility. In: Perspectives on Institutional Entrepreneurship, Academy of Management Annual Conference, New Orleans
- Boxenbaum, E.; Battilana, J. (2005): Importation as innovation: transposing managerial practices across fields. In: Strategic Organization, Vol. 3, No. 4, 355-383
- Cavalli, N. (2007): The symbolic dimension of innovation processes. In: American Behavioral Scientist, Vol. 50, No. 7, 958-969
- Crawford, S. E.; Ostrom, E. (1995): A Grammar of Institutions. In: American Political Science Review, Vol. 89, No. 3, 582-600
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Bt.-Drucksache 14/8953
- Deutscher Bundestag (2004): Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht 2004. Bt.-Drucksache 15/4100
- DiMaggio, P.J. (1988): Interest and agency in institutional theory. In: Zucker, L. (Ed.), Institutional patterns and organizations. Cambridge, MA: Ballinger, 3-22
- Einig, K. (2003a): Regionales Flächenmanagement: im instrumentellen Verbund effizient zusammenarbeiten. In: vhw Forum Wohneigentum, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, H. 5, S. 258-263
- Einig, K. (2003b): Positive Koordination in der Regionalplanung. Transaktionskosten des Planentwurfs in Verhandlungssystemen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8/9, S. 479-503
- Einig, K. (2005): Regulierung des Siedlungsflächenwachstums als Herausforderung des Raumordnungsrechts. In: DISP 160, Heft 1, 48-57
- Einig, K.; Siedentop, S. (2005): Strategien zur Senkung des Flächenverbrauchs. In: Czybulka, Detlef (Hrsg.): Wege zu einem wirksamen Naturschutz: Erhaltung der Biodiversität als Querschnittsaufgabe. Sechster Warnemünder Naturschutzrechtstag. Baden-Baden: Nomos, S. 159-181
- Einig, K.; Spiecker, M. (2002): Die rechtliche Zulässigkeit regionalplanerischer Mengenziele zur Begrenzung des Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums. In: Zeitschrift für Umweltrecht, 13. Jg., Sonderheft „Flächenhaushaltspolitik“, 150-157
- Fligstein, N. (1997): Social skill and institutional theory. In: American Behavioral Scientist, Vol. 40, No. 4: 397-405
- Fuhrich, M. (2005): Innovationen durch Modellvorhaben – die Wirkung von guten Vorbildern. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10.2005, 609-617
- Gatzweiler, H. (2006): Leitbilder in der Praxis. Impulse zur Umsetzung durch Modellvorhaben der Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, 677-691
- Gatzweiler, H.; Mensing, K. (2006): Innovative Projekte zur Regionalentwicklung. Ein MORO-Forschungsfeld trägt erste Früchte. In: Raumforschung und Raumordnung, Vol. 64, H. 1, 49-55
- Hargrave, T. J.; Van de Ven, A.H. (2006): A collective action model of institutional innovation. In: Academy of Management Review, Vol. 31, No. 4, 864-888
- Heiland, S.; Reinke, M.; Siedentop, S. (2004): Beitrag naturschutzrechtlicher Instrumente zur Steuerung der Flächeninanspruchnahme. BfN F+E-Vorhaben 80382010, Endbericht, Dresden, Berlin
- Hodgson, G. M. (2006): What are Institutions? In: Journal of Economic Issues, Vol. XL, No. 1, 1- 25
- Holzinger, K. (2002): Transnational Common Goods: Strategic Constellations, Collective Action Problems, and Multi-Level Provision. Habilitationsschrift, Universität Bamberg
- HWANG, H.; POWELL, W. W. (2005): Institutions and Entrepreneurship, In: Alvarez, S. A.; Sorenson, O.; Agarwal, R. (Eds.): Handbook of Entrepreneurship Research. Berlin u.a.: Springer, 201-232
- Ibert, O. (2005): Wie lassen sich Innovationen planen? In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10.2005, 599-607
- Langley, A. (1999): Strategies for theorizing from process data. In: Academy of Management Review, Vol. 24, No. 4, 691-710
- Lawrence, T.B., Hardy, C.; Phillips, N. 2002. Institutional effects of interorganizational collaboration: the emergence of proto-institutions. In: Academy of Management Journal, Vol. 45, No. 1, 281-291
- Lindblom, C. E. (1980): The Policy-Making Process. Belmont, Calif.: Wadsworth.
- Lounsbury, M. (2005): Towards a practice perspective on institutional entrepreneurship: Mutual fund money management change and the performativity-theorization link. Manuskript
- Lowndes, V. (2005): Something old, something new, something borrowed. How institutions change (and stay the same) in local governance. In: Policy Studies, Vol. 26, No. 2/4, 291-309
- Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt/M.: Campus, 39-72
- Mintzberg, H.; Raisinghani, D.; Théoret, A. (1976): The structure of unstructured decision processes. In: Administrative Science Quarterly, Vol. 24, 580-589
- North, D. C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen: Mohr
- O'Toole, L. J. (1997): Implementing public innovations in network settings. In: Administration & Society, Vol. 29, No. 2, 115-138
- Richter, R.; Furubotn, E. (1996): Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. Tübingen: Mohr
- Sewell, W.H. (1992): A theory of structure: Duality, agency, and transformation. In: American Journal of Sociology, Vol. 98, No. 1, 1-29
- Van de Ven, A. H.; Hargrave, T. H. (2004): Social, technical, and institutional change: A literature review and synthesis. In: Poole, M. S.; Van de Ven, A. H. (Eds.): Handbook of organizational change. New York: Oxford University Press, 259-303
- Verband Region Stuttgart (Hrsg.) (2006): Nachhaltiges Regionales Siedlungsflächenmanagement in der Region Stuttgart – Schlussbericht des Forschungsprojekts MORO-RESIM. In: Schriftenreihe des Verbands Region Stuttgart, Band 23, Stuttgart